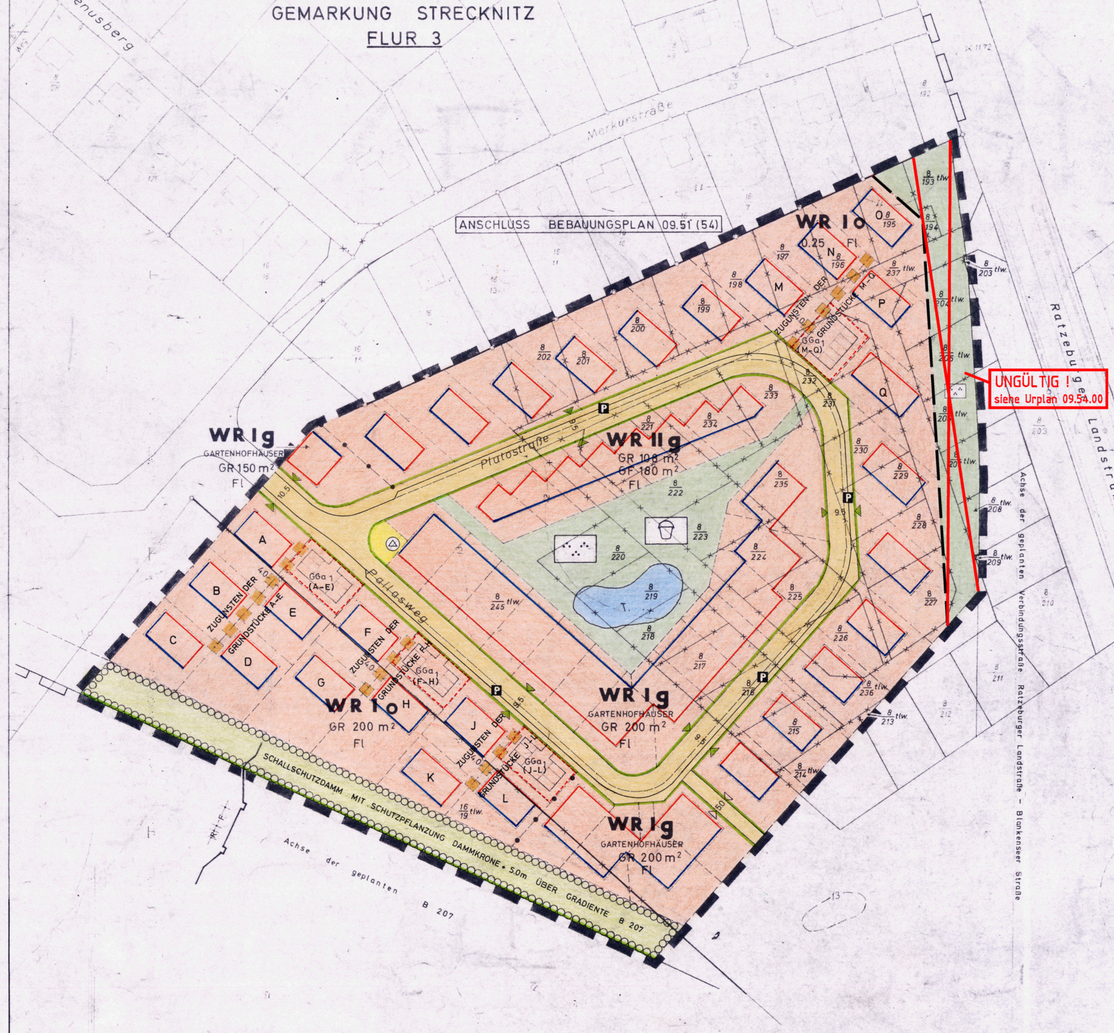
09.52.00 (53)

TEIL A PLANZEICHNUNG

BEBAUUNGSPLAN 09.76 (76)

GEMARKUNG STRECKNITZ
FLUR 3



N

M. 1 : 1000

ZEICHENERKLÄRUNG

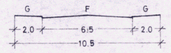
PLANZEICHEN	ERLÄUTERUNGEN	RECHTSGRUNDLAGE
FESTSETZUNGEN		
ART DER BAULICHEN NUTZUNG		§ 9 ABS. 1 NR. 1 a BBauG
WR	REINE WOHNGEBIETE	§ 3 BauNVO
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG		§ 9 ABS. 1 NR. 1 a BBauG §§ 16 UND 17 BauNVO
I	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE	
Z.B. II	ALS HÖCHSTGRENZE	
Z.B. 0.3	GRUNDFLÄCHENZAHL	
Z.B. GR 108 m²	GRUNDFLÄCHE DER BAULICHEN ANLAGEN	
Z.B. GF 180 m²	GESCHOSSFLÄCHE DER BAULICHEN ANLAGEN	
BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN		§ 9 ABS. 1 NR. 1 b BBauG §§ 22 UND 23 BauNVO
o	OFFENE BAUWEISE	
g	GESCHLOSSENE BAUWEISE	
	BAULINIE	
	BAUGRENZE	
Fl	FLACHDACH	
VERKEHRSFLÄCHEN		§ 9 ABS. 1 NR. 3 BBauG
	STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN	
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE, BEGRENZUNG SONSTIGER VERKEHRSFLÄCHEN	
P	ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN	
FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN		§ 9 ABS. 1 NR. 5 BBauG
	UMFORMERSTATION	
GRÜNFLÄCHEN		§ 9 ABS. 1 NR. 8 BBauG
	PARKANLAGE	
	SPIELPLATZ	
WASSERFLÄCHEN		§ 9 ABS. 1 NR. 16 BBauG
	TEICH	
SONSTIGES		
	ANPFLANZUNGS- BZW. ERHALTUNGSGEBOT	§ 9 ABS. 1 NR. 15 UND 16 BBauG
GGa 1	FLÄCHEN FÜR GARAGEN GEMEINSCHAFTSGARAGEN IN EINER EBENE	§ 9 ABS. 1 NR. 1 e BBauG
	MIT GEH- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN	§ 9 ABS. 1 NR. 11 BBauG
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG	§ 16 ABS. 4 BauNVO
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES	§ 9 ABS. 5 BBauG

DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

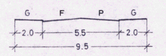
	FLURSTÜCKSGRENZE
	EIGENTUMSGRENZE
	IN AUSSICHT GENOMMENE GRENZE
	WEGFALLENDE GRENZE
Z.B. ×11,3	HÖHE ÜBER NN

WEITERE SIGNATUREN SIEHE KATASTERVORSCHRIFTEN !

STRASSENPROFILE



PALLASWEG



PALLASWEG, PLUTOSTRASSE
EINBAHNSTRASSEN MIT PARKSTREIFEN

G - GEHWEG F - FAHRBAHN P - PARKSTREIFEN

TEIL B TEXT

1. GEBÄUDEART

IM GELTUNGSBEREICH SIND NUR WOHNGEBÄUDE MIT NICHT MEHR ALS ZWEI WOHNUNGEN ZULÄSSIG (§ 3 ABS. 4 BauNVO).

2. HÖHENLAGE DER GEBÄUDE

OBERKANTE ERDGESCHOSSFUSSBODEN FÜR WOHNGEBÄUDE HÖCHSTENS 0.55 m
NICHTWOHNGEBÄUDE " 0.20 m
ÜBER ZUGEORDNETER STRASSENVERKEHRSFLÄCHE.

3. EINFRIEDIGUNGEN

AN DEN VERKEHRSFLÄCHEN UND FÜR BAUGRUNDSTÜCKE UNTEREINANDER BIS 0.80 m
(BEI EINBAU VON MÜLLSTÄNDEN BZW. – SCHRÄNKEN IN DIE PFEILER VON EINFRIEDIGUNGEN IM BEREICH DER ZUFAHRTSTORE KÖNNEN FÜR DIESE ENTSPRECHEND HOHE PFEILER ZUGELASSEN WERDEN – § 31 (1) BBauG –)
AN ANDEREN FLÄCHEN (GRÜNFLÄCHEN, ÜBERÖRTLICHEN HAUPTVERKEHRSSTRASSEN [B 207] USW.) BIS 1.35 m
HÖHE ZULÄSSIG

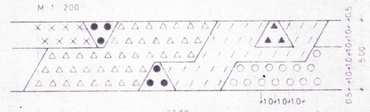
4. NEBENANLAGEN

IN DEN WR I g – UND WR II g – GEBIETEN SOWIE IM WR I o – GEBIET SÜDWESTLICH DES PALLASWEGES SIND NEBENANLAGEN IM SINNE DES § 14 BauNVO AUSGESCHLOSSEN.

5. ANPFLANZUNGSGEBOT

LÄRMSCHUTZPFLANZUNG (PFLANZBEISPIEL MIT SIGNATUREN)

M 1 : 200



X	A	8	CORYLUS AVELLANA — HASELNUSS
●	B	3	QUERCUS ROBUR HST — STIELEICHE
△	C	41	CORNUS SANGUINEA — HARTRIEGEL
●	B	3	QUERCUS ROBUR HST — STIELEICHE
/	D	30	RIBES DIVARICATUM — AMERIK. WILDSTACHELBEERE
▲	E	3	CARPINUS BETULUS — HAINBUCHE
○	F	15	SYRINGA VULGARIS — GEM. FLIEDER

GRUPPE DER PFLANZARTEN A – F WIRD FORTLAUFEND WIEDERHOLT
JE NACH LÄNGE DER SCHUTZPFLANZUNG
DAS SCHEMA DER SCHUTZPFLANZUNG IST DER JEWEILIGEN BREITE DES PFLANZSTREIFENS ENTSPRECHEND ZU ERGÄNZEN
BEI GLEICHER ARTENAUSWAHL SOLL DER MEHRANTEIL AN SCHUTZGEHÖLZEN PROZENTUAL DEM PFLANZBEISPIEL ENTSPRECHEN
ALS ERSATZPFLANZEN KOMMEN FOLGENDE GEHÖLZE IN FRAGE

BÄUME	ACER PSEUDOPLATANUS	BERGAHORN
	POPULUS BEROLINENSIS	BERLINER LORBEERPYRAMIDEN-
	TILIA PLATYPHYLLOS	SOMMERLINDE PAPPEL
STRÄUCHER	VIBURNUM LANTANA	WOLLIGER SCHNEEBALL
	LONICERA LEDEBOURII	HECKENKIRSCHE
	CORNUS ALBA	HARTRIEGEL
	CRATAEGUS PRUNIFOLIA	WEISSDORN

SATZUNG DER HANSESTADT LÜBECK

BEBAUUNGSPLAN HEGEBUCHENKAMP 09.52.00

Auf Grund des § 10 Bundesbaugesetz (BBauG) v. 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) und des § 1 des Gesetzes über Baugestalterische Festsetzungen v. 16. April 1969 (GVOBl. Schl.-H. S. 91) in Verbindung mit § 4 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes v. 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1933) wird nach Beschlußfassung durch die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom 29.4.1971 u. vom 14.12.1972 u. 25.2.1976 (Änderungsbeschlüsse gem. Erlassen des Innenministers v. 11.10.1971 u. 13.8.1974) die Satzung, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Text), über den Bebauungsplan 09.52.00 beschlossen.

Die Genehmigung dieser Satzung sowie den Bebauungsplan 09.52.00, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, wurde nach § 11 BBauG mit Erlaß des Innenministers vom 13.8.1974 Az. IV b 810 b (09.52) erteilt.

Lübeck, den 12. 7. 76
Der Senat der Hansestadt Lübeck

Die Erteilung der Auflagen ——— wurde mit Erlaß des Innenministers vom 29. 6. 1976 Az. IV 810b-813/04-3-09.52 bestätigt.
Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

L.S. GEZ. DR. KNÜPPEL
Bürgermeister

Entworfen und aufgestellt nach § 4 und § 8 BBauG auf der Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Bürgerschaft vom 20. 12. 1962

Lübeck, den 17. 1. 1975
Der Senat der Hansestadt Lübeck
Stadtplanungsamt
i.V. i.A.

L.S. GEZ. BOTH Senator — GEZ. SCHMIDT Dipl.-Ing.

Der katastermäßige Bestand am 10. 2. 72 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

Lübeck, den 31. 1. 1973
Katasteramt

L.S. GEZ. SPEIERMANN
Ltd. Vermessungsdirektor

Der Entwurf des Bebauungsplanes 09.52.00, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text sowie die Begründung, haben in der Zeit vom 28. 9. 1970 bis zum 28. 10. 1970 nach vorheriger am 18. 9. 1970 ortsüblicher Bekanntmachung mit dem Hinweis, daß Anregungen und Bedenken in der Auslegungsfrist geltend gemacht werden können, öffentlich ausgelegen.

Lübeck, den 17. 1. 1975
Der Senat der Hansestadt Lübeck
Stadtplanungsamt
i.A.

L.S. GEZ. SCHMIDT Dipl.-Ing.

Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Bürgerschaft vom 26. 2. 1976 gebilligt.

Lübeck, den 23. 3. 1976
Der Senat der Hansestadt Lübeck
Stadtplanungsamt
i.A.

L.S. GEZ. SCHMIDT Dipl.-Ing.

Dieser Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), ist am 28. 7. 1976 mit der bewirkten Bekanntmachung der Genehmigung sowie des Ortes und der Zeit der Auslegung rechtsverbindlich geworden und liegt zusammen mit seiner Begründung auf Dauer öffentlich aus.

Lübeck, den 28. 7. 1976
Der Senat der Hansestadt Lübeck
Stadtplanungsamt
i.A.

L.S. GEZ. RÖHRBEIN
Dipl.-Ing.